Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 29 (2003)

Heft: 4

Rubrik: Aus Nah und Fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus Nah und Fern

Ein Spitzenbeamter ruft nach «Revolution»

Charles Kleiber, Staatssekretär im Innenministerium, skizziert einen dreistufigen Vorgang bis 2011.

INTERVIEW:
PATRICK IMHASLY
JOHANN AESCHLIMANN

«BUND»: *Herr Kleiber, warum ist Bildungs- und Hochschulpolitik so wichtig, dass wir dafür in Zeiten fiskalischer Knappheit mehr Geld ausgeben sollen?*

CHARLES KLEIBER: Die Schweiz muss – wie alle andern Länder – den Schritt in die Wissensgesellschaft tun. Für mich ist das eine ebenso wichtige Entwicklung wie die Industralisierung im 19. Jahrhundert. Sie wird das Verhältnis der Menschen untereinander und zur Gesellschaft grundlegend verändern. Für den Einzelnen wird sein Wissen der wichtigste Faktor sein, der bestimmt, an welchem Ort der Gesellschaft er steht. Für die Unternehmen wird Wissen zum wichtigsten Produktionsfaktor werden. Für die Staaten schliesslich ist die Entwicklung des Wissens ein wichtiger Fakor zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit.

Was ist in der Schweiz zu tun?

Gibt es im Bereich Bildung, Forschung und Technologie in den nächsten Jahren keine Entwicklung, so lässt sich in der Gesellschaft kein Wohlstand mehr aufbauen. Genau hier hat die Schweiz ein Problem. Um zur Wissensgesellschaft und auf den Markt der Kenntnisse zu gelangen, muss unser Land eine wahre Revolution in Bildung, Forschung und Technologie vollziehen.

Wo setzt der Revolutionär an?

Zuerst einmal muss man sich bewusst werden, dass es eine Veränderung braucht. Das ist noch nicht in allen Köpfen. Ich stelle mir die Neubegründung des Systems in drei Etappen vor. Die erste hat schon begonnen. Unsere BFT-Politik 2000 bis 2003 zielt auf vermehrte Kooperation ab. Die Lancierung des «Arc lémanique» – die Kooperation der drei Hochschulen am Genfersee – oder die gemeinsame Veterinärfakultät in Bern und Zürich sind hierfür bemerkenswerte Beispiele.

Jetzt bereiten wir die Periode 2004 bis 2007 vor. Da geht es um massive Investitionen. Nach wie vor verfolgen Ruth Dreifuss und Pascal Couchepin das Ziel, die Bundesausgaben im BFT-Bereich ab 2004 jährlich um 6,5 Prozent zu erhöhen.

Der Finanzminister klagt, er habe kein Geld. Welche Signale erhalten die Bildungsminister?

Positive. Ich war noch nie so zuversichtlich wie heute. 150 Nationalräte aus allen Parteien setzen sich für die 6,5 Prozent ein, und der Wissenschafts- und Technologierat zielt mit seinem Manifest in die gleiche Richtung. Ein erster wichtiger Entscheid wird wohl am Mittwoch im Bundesrat im Rahmen der Diskussion um das Budget 2003 und den Finanzplan getroffen werden, wo die Wachstumsrate festgelegt wird. Die definitive Zuteilung erfolgt im November.

> *«Die 6,5 Prozent sind der wahre Test.»*

Mit wie viel können Sie rechnen?

Man wird sehen. Die 6,5 Prozent sind der wahre Test.

Nun sagt aber der Wirtschaftsverband Economiesuisse, mit mehr Forschungsgeldern allein lasse sich das Bildungswesen nicht reformieren. Es brauche Veränderungen an den Strukturen der Hochschulen.

Die Stossrichtung stimmt schon. Man kann nämlich nicht investieren, ohne zu reformieren. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, wie klein eine Universität sein darf. Es gibt eine kritische Grösse bei der Studentenzahl. Wir können uns in der Schweiz nicht fünf medizinische Fakultäten leisten oder theologische Fakultäten mit einer Handvoll Studenten.

Solche Strukturen zu bereinigen, ist doch kein revolutionärer Ansatz. Da geht es doch einfach darum, die alte Krankheit der kantonalen Verdoppelung, das «Malaise suisse» zu beheben.

In der Phase von 2004 bis 2007 sind das grosse Projekte. Nehmen wir die Zahnmedizin. Hier gibt es vier Fakultäten: in Genf, Bern, Basel und Zürich. Mein Ziel ist eine Faktultät in der Deutschschweiz und eine in der französischen Schweiz.

Warum nicht ganz konsequent? Bei 7 Millionen Einwohnern könnte eine Fakultät reichen.

Für die Veterinärmedizin besteht dieses Ziel: Eine Fakultät an den Standorten Bern und Zürich. In der Zahnmedizin hat es mehr Studenten, und es braucht mehr Investitionen, da scheinen mir zwei Fakultäten sinnvoll. Ähnliches gilt für die Humanmedizin. Es geht darum, die Anzahl Fakultäten zu begrenzen, wobei eine Fakultät durchaus Ableger an verschiedenen Standorten haben könnte, etwa in Fribourg, Lausanne und Genf.

Jetzt haben wir immer über die Phase 2004 bis 2007 gesprochen. Was kommt danach?

In der Zeit von 2008 bis 2011 wird der Veränderungsprozess des Schweizer Bildungssystems abgeschlossen. Für diese dritte Etappe brauchen wir einen neuen Hochschulartikel in der Verfassung und ein neues Hochschulrahmengesetz, das die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, ETH und Fachhochschulen auf eine bessere Grundlage stellt. Bis Ende 2011 sollte das BFT-System in der Schweiz auf dem neuesten Stand sein.

Woher nehmen Sie diese Zuversicht? Aus der Vernehmlassung über den neuen Hochschulartikel schälten sich vor allem Uneinigkeit und ein Mangel an gemeinsamer Stossrichtung heraus.

Wir sind zurzeit daran, in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern, namentlich den Erziehungsdirektoren, auf der Grundlage der Vernehmlassungsergebnisse einen überzeugenden Entwurf zu erarbeiten. Dabei sind unter anderem vier Modelle denkbar. Das erste ist der bestehende «kooperative Föderalismus» mit gemeinsamer Führung von Bund und Kantonen. Das zweite ist der «bereinigte Föderalismus» mit viel klareren Zuständigkeiten. Das ist der Berner Vorschlag: Der Bund finanziert die Forschung für alle, die ETH und die medizinischen Fakultäten, die Kantone finanzieren die Universitäten. In diesem Modell gibt es keine Grundbeiträge des Bundes mehr. Das dritte Modell unterstellt alle Hochschulen einem «statut juridique commun» (einheitliche Rechtsform – Red.). Sie würden aus einem gemeinsam gespeisten Topf finanziert. Das vierte Modell ist die Finanzierung aller Hochschulen durch den Bund, aber unter neuer Verteilung von Zuständigkeiten und Pflichten der Kantone. Diese vier Modelle muss man diskutieren. Die Zeit der Debatte ist gekommen.

Ziehen die Universitäten hier mit? Stossen Sie auf Bereitwilligkeit, wenn Sie von Kooperation und Zusammenlegung sprechen?

Die Rektoren nehmen eine kritische Position ein. Aber sie wissen um die Notwendigkeiten der Veränderung.

Entspringt dies nicht eher finanziellen Gründen als der von Ihnen entworfenen Vision?

Beidem. Aber der Spielraum im Innern der Universitäten ist nicht sehr gross. Deshalb plädiere ich für ein Modell mit einer starken Leitung, einem globalen Budget, Leistungsauftrag und Verantwortlichkeit des Rektors.

Während die Schweiz diskutiert, läuft ihr die Industrie davon. Novartis baut ihr neues Forschungszentrum in Boston auf.

Die privaten Drittmittel der Universitäten sind im Rückgang. Wir haben einen der niedrigsten Anteile der Welt. Wir müssen es besser machen, etwa ein günstiges steuerliches Umfeld für Spenden an Hochschulen schaffen.

Wenn die Drittmittel aus der Privatindustrie zurückgehen, ist dies doch ein riesiges Warnzeichen.

Sicher. Aber immerhin: Die Entscheidung von Novartis zugunsten Bostons ist rational. Wenn Sie Daniel Vasella wären und Ihre Aktionäre im Rücken hätten, dann investierten Sie in Boston. Die Schweiz kann sich dem nicht entziehen, und die Schweiz allein kann kein genügend starkes Forschungsumfeld als Alternative schaffen. Deshalb müssen wir das Europa des Wissens aufbauen. Nur so kann Europa den Vereinigten Staaten gegenüber als Wettbewerber auftreten.

Von Basel rheinabwärts sprechen sie vom Bio-Valley.

Das ist ein wichtiger Aspekt. Die Schweiz hat drei Grenzregionen, die zu den europäischen Motoren zählen. Das müssen wir einsetzen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit Basel sich mit Strassburg, Mülhausen usw. entwickeln kann. Das ist auch ein wichtiges Thema der kommenden BFT-Botschaft.

Wo und wie wird ein Schweizer studieren, der sich im Jahre 2010 entscheidet, Ingenieur der Nanowissenschaften zu werden?

Er verfügt über eine Matura, denn die wird immer noch der Passeport sein – auch im übrigen Europa. Auf seinem Laptop wird der angehende Student Angebote für Nanotechnologie in ganz Europa finden und vergleichen. Dann nimmt er Kontakt mit Unis auf, diskutiert und trifft dann eine Wahl. In seiner Mobilität wird er sowohl von europäischen Institutionen als auch von der Schweiz unterstützt. Im Laufe seiner Ausbildung erwirbt er zuerst den Bachelor-Grad vielleicht in Lausanne oder Paris, dann den Master-Grad in London oder Aachen. Am Ende verfügt er über einen international anerkannten Abschluss und ist perfekt mehrsprachig. Anschliessend steigt er in die Forschung ein und macht seinen Doktortitel. Dank einem einheitlichen Kreditsystem werden seine Leistungen überall in Europa gleich bewertet und anerkannt.

«Man muss selektionieren.»

Und keine Universität hat das Recht, ihn zurückzuweisen?

Die Schweizer Universität hat nicht das Recht, ihm den Eintritt zu verwehren. Aber sie kann während des ersten Jahrs eine inneruniversitäre Selektion vornehmen. Man muss selektionieren. Auf dem Niveau Masters stellt sich die Frage erneut. Einige Universitäten gehen von einem automatischen Zugang zum Masters-Studium aus, andere stellen Bedingungen. Das werden wir in diesem Herbst und Anfang kommenden Jahres mit den Universitäten diskutieren. Die Regeln werden verallgemeinert werden.

Wo kommen Angebot und Nachfrage ins Spiel? Es werden viele Germanisten und Ökonomen ausgebildet, während Labors für Physik- oder Chemiestudenten leer stehen. Will man solche Ungleichgewichte durch Zugangsregeln korrigieren?

Die Studentenzahlen in den Naturwissenschaften gehen überall zurück, das ist ein allgemeines Problem. Umgekehrt haben wir viele Psychologen.

Zu viele. Die Wissensgesellschaft braucht Naturwissenschaftler.

Es ist immerhin interessant zu beobachten, dass die Psychlogen Arbeit finden. Ich denke, es gibt eine Neubewertung der Human- und Sozialwissenschaften durch den Markt. Mehr als durch Universitätsreglemente.

Reagiert der Markt schnell genug?

Es gibt keinen perfekten Mechanismus. Der einzige Mechanismus, an den ich glaube, ist der Dialog. Und es gibt interessante Projekte. Zum Beispiel im Bankenwesen. Die Schweizer Bankiers, die wissen, dass das Bankgeheimnis langfristig bedroht ist, verlegen sich auf eine Strategie der Qualität. Sie haben ein Portfolio der Bank-Metiers in zehn Jahren entworfen und verhandeln gegenwärtig mit den Universitäten und Fachhochschulen über die Anpassung der Lehrgänge.

Quelle:Der Bund 192
20.Aug. 2003. S.8

„Bachelor und Master werden sich durchsetzen“

oll. MÜNCHEN, 28. August. Wenn die Beschlüsse von Bologna zur Internationalisierung des Hochschulstudiums Bestand haben sollen, muß es baldmöglichst einen Qualitätskonsens über die Bachelor- und Masterstudiengänge geben. Das bekräftigt der bayerische Wissenschaftsminister Hans Zehetmair (CSU), der sich auf der Folgekonferenz in Berlin im September dafür einsetzen will, daß sich die europäischen Wissenschaftsminister nicht mit einem Minimalkonsens zufriedengeben, sondern einen „Konkurrenzkonsens“ anstreben. Dazu soll es einen transparenten Katalog der Richtlinien geben, denn im gegenwärtigen „Ranking-Wahn“, so Zehetmair, würden vollkommen unterschiedliche Parameter zugrunde gelegt.

In Berlin gehe es zunächst darum, den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Bachelor- und Masterstudiengänge zu erheben, die Rolle der Drittmittel, die Qualitätsmaßstäbe für Lehre und Forschung sowie die Veröffentlichungspraxis zu betrachten. Es sei kein Zustand, daß in Europa nur englische Veröffentlichungen gezählt würden. Ändere sich daran nichts, könnten die meisten geisteswissenschaftlichen Fächer sich im innereuropäischen Konkurrenzkampf nicht mehr behaupten. Nicht alle sind in der geradezu paradoxen Lage wie die deutsche Germanistik, die hierzulande die größte Zahl englischer Editionen aufweist.

Langfristig werden sich die akademischen Titel „Bachelor“ und „Master“ durchsetzen, davon ist der Wissenschaftsminister, der Mitte Oktober in den Ruhestand tritt, überzeugt. Gleichwohl enden die Lehramtsstudiengänge in Bayern ähnlich wie in Baden-Württemberg nach wie vor mit einer staatlichen Prüfung. Allerdings kann sich Zehetmair auch hier eine ähnliche Lösung wie in der Juristenausbildung vorstellen: 70 Prozent der Studieninhalte sind landesweit vorgegeben, 30 Prozent bestimmt die Universität selbst. Es sei sinnlos, Schülern in der Kollegstufe Neigungsschwerpunkte zu eröffnen und sie dann in ein verschultes Studium zu entlassen. Von einer entsprechenden Schwerpunktbildung angehender Lehrer verspricht sich Zehetmair eine Belebung der Schullandschaft.

Für langfristig wahrscheinlich hält er auch, daß das Diplom der Fachhochschulen kompatibel mit dem Bachelor wird, während sich der Master am Universitätsdiplom zu orientieren hat. Sonst wären nur große Universitäten in der Lage, zusätzlich zum deutschen Abschluß den Bachelor und Master anzubieten. Gleichzeitig warnt der Minister die Hochschulen davor, einfach nur Altes und Bewährtes über Bord zu werfen. Es entspricht dem Wunsch des Ministers, wieder mehr langen Atem in der Bildungspolitik zu bewahren. Das kurzfristige Aufspringen auf gerade aktuelle Themen sieht er als Hauptdilemma der Politik in den letzten Jahren. Davon sei auch die Kultusministerkonferenz (KMK) in Mitleidenschaft gezogen, die ihre Themen zu wenig selbst bestimme, sondern zu sehr gezwungen sei, von außen vorgegebene Fragen zu behandeln. Die KMK sei die einzige Länderkonferenz, die weitgehend uneingeschränkt Länderinteressen vertrete. Um so mehr müßten die Länder in diesem Gremium vorleben, daß Wettbewerb zwischen den Ländern wichtig sei. Zehetmair, nach 17 Jahren im Amt der dienstälteste unter den Kultusministern und weit über die Parteigrenzen hinweg anerkannt, wendet sich dagegen, das Einstimmigkeitsprinzip des Ländergremiums aufzugeben.

Die Verständigung auf bildungspolitische Perspektiven lasse sich nicht durch Mehrheiten entscheiden, sondern durch ein fortlaufendes Gespräch, das die Verschiedenheit der schul- und hochschulpolitischen Ansätze bei gleichzeitiger Bindung an eine gemeinsame kulturelle Basis entwickle. Zu solchen gemeinsamen Grundlagen zählt Zehetmair auch die jetzt beschlossenen Bildungsstandards, warnt aber zugleich davor, sie als alleinseligmachende Lösung zu betrachten. Die Versäumnisse bisheriger deutscher Schulpolitik sieht der scheidende Minister nicht darin, daß nicht genug getestet wurde, sondern daß die Verantwortlichen sich ein zu wenig zutreffendes Bild von der wirklichen Lage gemacht hätten. Die Bildungsstandards seien ein wichtiges Vergleichsbarometer, das in der Hand der Länder bleiben müsse. „Der Bund hat dabei schon gar nichts zu schnabeln“, sagt Zehetmair entschieden.

Bestimmt bleibt er auch, wenn der bayerische Rechnungshof ihn rügt, weil er nach Ansicht der Zahlenhüter zu viele theologische Fakultäten im Land duldet. Das Verbleiben der Theologie an den staatlichen Hochschulen entscheide sich nicht an den Studentenzahlen, sondern sei eine Frage von kulturpolitischer Dimension. „Bayerns Universitäten fehlte ohne die Theologie der Mutterboden“, sagt Zehetmair, der in München eine Fakultät für orthodoxe Theologie aufbaut. Auch von seinem Nachfolger – noch ist der Kandidat unbekannt – erwartet Zehetmair, daß er die historische Wurzel der Universitäten erhalten wird. Sollte die evangelische Landeskirche in Bayern die Münchner Fakultät zugunsten der kirchlichen Hochschule in Neuendettelsau schwächen oder gar aufgeben wollen, könne er sie nicht daran hindern, müsse ihr aber entschieden von dem ruinösen Schritt abraten, sich aus der Wissenschaftslandschaft in München zurückzuziehen. Dies wäre kulturpolitisch die falsche Entscheidung. Gerade die protestantische Theologie brauche den Dialog mit den übrigen Disziplinen. Umgekehrt erwarte die Öffentlichkeit von Theologen wie Philosophen die heilsame Einmischung in ethische Grundsatzdebatten wie die Gentechnik.

Weniger dezidiert fielen Zehetmairs Aussagen zur Rechtschreibreform während seiner Amtszeit aus. Dafür will er sich nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik als Vermittler zwischen KMK und Wörterbuchredaktionen betätigen und dafür sorgen, daß die etymologischen Ungereimtheiten der Rechtschreibreform zurückgenommen werden. Seine Liebe zur Sprachwissenschaft entdeckt Zehetmair freilich erst lange nachdem er den Beschluß zur Rechtschreibreform selbst mitgetragen hatte. Aber vielleicht gilt auch hier eines seiner Lieblingsworte von Roman Herzog: „Man muß nur den Mut haben, am richtig Erkannten so lange festzuhalten, bis man wieder modern ist.“

Quelle: FAZ 200, vom 29. August 2003, S.6

Ohne Bildungskonsens

Von Heike Schmoll

An der Bildung wird sich die Zukunft rohstoffarmer Länder entscheiden. Daran gibt es auch in Deutschland keinen Zweifel. Doch unklar ist, was unter Bildung eigentlich zu verstehen ist und nach welchen Kriterien ihre Qualität bemessen werden könnte. Das gilt für Schulen und Hochschulen in gleichem Maße. Mit mehr Geld allein oder Bildungsstandards für die Schulen, mit Bachelor- und Masterstudiengängen mit verschulteren Strukturen ist es nicht getan. Viele bildungspolitische Initiativen scheinen an den Interessen der Bevölkerung vorbeizugehen. Das zeigt die Zeit nach Pisa: Die Studie hat zwar kaum neue Erkenntnisse, aber viele neue Worte hervorgebracht, für die sich die wenigsten überhaupt interessieren.

Laut einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Bildungspolitik hat sich immerhin die durch die Pisa-Studie verstärkte Einsicht durchgesetzt, daß individuelle und begabungsgerechte Förderung sowie sprachliche Gewandtheit Schlüssel zum Lernerfolg bieten. Doch schulpolitische Themen wie mehr Wettbewerb zwischen den Schulen interessieren noch weniger als die ebenfalls nur von einer Minderheit geforderte Einrichtung von mehr Ganztagsschulen. Hohen Stundenausfall und große Klassen beklagen Eltern schulpflichtiger Kinder ebenso wie die Gesamtbevölkerung, deren Mißtrauen gegenüber Lehrern erschreckend ausgeprägt ist.

63 Prozent halten Lehrer für überfordert und ausgebrannt, aber nicht für pädagogisch befähigte Vermittler einer sinnvollen Bildungsbiographie. Über die Gründe für den Ansehensverlust eines Berufs, der im bildungshungrigen achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert einmal an der Spitze stand, läßt sich trefflich spekulieren. Sicher ist nur eines: Solange Lehrern nicht wieder mehr Professionalität im Unterricht zugetraut wird, ändert sich nichts. Kaum aussichtsreich sind auch die aktionistischen Bestrebungen, die Ausbildung der Lehrer umzukrempeln. Es war durchaus nicht alles schlecht im bisherigen Lehramtsstudium, auch wenn die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände vor kurzem alles daransetzte, diesen Eindruck zu verfestigen. Die richtige Erkenntnis, daß die praktische Vorbereitung auf den Unterricht bisher zu kurz kam und nicht ausschließlich der zweiten Ausbildungsphase vorbehalten bleiben soll, darf nicht zu Abstrichen an den fachwissenschaftlichen Grundlagen führen. Denn pädagogische Autorität läßt sich nicht ohne fachwissenschaftliche Sicherheit entwickeln. Das gilt auch für den souveränen Umgang mit unterschiedlichen, den Unterrichtsinhalten angemessenen Methoden.

Aber was soll an den Schulen denn gelernt werden? Allgemeinbildung, so antwortet die große Mehrheit der Befragten. Und was ist darunter zu verstehen? Die Befragten wissen es wohl selbst nicht, denn nur jeder vierte hält politische oder ökonomische Zusammenhänge oder historische Kenntnisse für wichtig, nur wenige wollen die Vermittlung deutscher Literatur, ganz zu schweigen von musischer Erziehung. Diese Angaben sind nicht nur widersprüchlich, sondern offenbaren auch die Zersplitterung von Allgemeinwissen in spezialisiertes Fachwissen und den Egoismus der jeweiligen Interessenvertreter. Vor allem aber beweisen sie einen ungeahnten Bildungsabbruch, der eine sinnvolle Beteiligung an der Debatte über Bildungsinhalte von vornherein ausschließt. Denn offenkundig sind die gewachsenen kulturellen Fundamente des Humboldtschen Bildungsideals sowie der religiösen Bildung so brüchig geworden, daß sie von den meisten allenfalls noch als Bauschutt vergangener Zeiten wahrgenommen werden.

Statt dessen wiederholt sich ein alter Fehler, den Erziehungswissenschaftler in den sechziger Jahren unbeirrt, aber mit um so ruinöseren Folgen begingen: Sie ersetzten Bildung durch Erziehung. Weil die Verständigung über Bildungsinhalte so schwierig, ja aussichtslos erscheint, erklären die Befragten der Allensbach-Umfrage jetzt die Vermittlung von Leistungsbereitschaft, Pünktlichkeit, Konzentrationsfähigkeit, Hilfsbereitschaft und Selbstbewußtsein zu schulischen Aufgaben. Ausgerechnet das bei der Pisa-Studie weit abgeschlagene Bremen hat deshalb Benimm-Unterricht an den Schulen eingeführt, jetzt ist auch das Saarland gefolgt, das allerdings kein eigenes Fach einrichten will. So beruhigend diese Initiativen auf die Öffentlichkeit wirken mögen, so sehr gleichen sie einer Bankrotterklärung gegenüber jeglichen Bildungsinhalten.

Es gehörte zu den großen Stärken des reformatorisch und humanistisch geprägten Bildungsverständnisses, daß Bildung und Persönlichkeitsentwicklung niemals voneinander geschieden wurden. Vielmehr wurden die Inhalte so sorgsam ausgesucht, daß sie geradezu exemplarisch für die Vermittlung eines allgemeinen Wissensbestandes gelten konnten und dabei aber auch die Persönlichkeitsentwicklung voranbrachten.

Die Beliebigkeit des Unterrichtsstoffs über viele Jahrzehnte der Schulpraxis hat zu der grundfalschen Auffassung geführt, daß der Inhalt des Gelernten weniger wichtig sei als die Beherrschung der Methoden. Lehrer versanken in einem Wirrwarr von didaktischen und methodischen Heilsrezepten, die an viel zu vielen Schülern erprobt wurden. Aber Schulkinder eignen sich nicht für Versuche. Sie sind auch keine Computer, denen Vorstellungen von „Input" und „Output" gerecht würden.

Der Lernerfolg steht und fällt mit der Attraktion der Inhalte und der entsprechenden Motivation – nur wenn beides vorhanden ist, werden sich Lernbegier und Neugier entwickeln können. Das utilitaristische Schielen auf Kompetenzlisten und kurzlebige Lernziele mag zwar zu befähigten Spezialisten führen, mit Sicherheit jedoch nicht zu umfassender Bildung. Wer viele Kompetenzen besitzt, ist noch lange nicht gebildet. Was Studien wie Pisa testen, sind Bildungsvoraussetzungen, aber nicht Bildung. Um so schlimmer wäre es, bei der Festlegung der Voraussetzungen stehenzubleiben.

Quelle: FAZ 204 vom 3.Sept 2003, S. 36 D

La Faculté des sciences de l'Université de Fribourg/Suisse

met au concours deux postes de

PROFESSEUR ASSOCIÉ de morphologie (anatomie et biologie cellulaire)

au Département de médecine

dès octobre 2004. Les candidat-es retenu-es dirigeront une recherche fondamentale en biologie cellulaire ou dans un autre domaine à dimension médicale. Un bon dossier de publications indépendantes ainsi que la capacité à attirer des fonds tiers sont essentiels. Ils/elles enseigneront l'anatomie, l'histologie et l'embryologie aux étudiants de 1ère et de 2ème année de médecine et aux étudiants en sciences. L'enseignement se donnera en français ou en allemand et les personnes devront disposer à terme au moins d'une connaissance passive de l'autre langue. Veuillez adresser un *curriculum vitæ* (incluant la description des financements passés et de l'expérience d'enseignement), un résumé des plans de recherche et les noms de trois personnes de référence) au Doyen de la Faculté des sciences de l'Université de Fribourg, Pérolles, CH-1700 Fribourg, avant le 31 décembre 2003. Pour de plus amples informations, contactez Marco.Celio@unifr.ch ou Guenter.Rager@unifr.ch.

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg/Schweiz

schreibt zwei Stellen eines/einer

ASSOZIIERTEN PROFESSORS/PROFESSORIN in Morphologie (Anatomie und Zellbiologie)

im Departement für Medizin

ab Oktober 2004 aus. Von den Kandidaten/innen wird erwartet, dass sie Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Zellbiologie oder in anderen medizinisch relevanten Gebieten durchführen. Sie sollten sich mittels Publikationen über eigenständige Forschung ausweisen können und die Fähigkeit besitzen, Drittmittel einzubringen. Das Lehrgebiet umfasst Anatomie, Histologie und Embryologie für Medizinstudenten (1. und 2. Studienjahr) und für Studierende der Naturwissenschaften. Die Unterrichtssprache ist deutsch oder französisch. Die Kandidaten/innen sollten bereit sein, mit der Zeit eine mindestens passive Kenntnis der anderen Sprache zu erwerben. Die notwendigen Unterlagen (Lebenslauf, Publikationsliste, Angaben über Drittmittel und die Lehrtätigkeit, eine maximal A4-seitige Zusammenfassung der aktuellen und geplanten Forschungstätigkeit und die Namen von drei Gutachtern) sind bitte bis zum 31. Dezember 2003 an Prof. Dionys Baeriswyl (Dekan der Math.-Natw. Fakultät, Universität Freiburg, Pérolles, CH-1700 Freiburg) zu schicken. Zusätzliche Informationen erhalten Sie von Prof. M. Celio (Marco.Celio@unifr.ch) oder Prof. G. Rager (Guenter.Rager@unifr.ch).